

dern 400-mal so viel wir ihre Beschäftigten. Stars in Kultur und Sport bedienen globale digitale Märkte, auf denen gilt »The Winner Takes It All«. Steuervermeidung ist im globalen Kapitalismus ein Dauerbrenner (*Oh, wie schön ist Panama*). Die Politik hat lange darauf verzichtet, diesen Entwicklungen gegenzusteuern.

Damit beantwortet sich auch die zweite Frage: Um die Ungleichheit zu bekämpfen, muss die Besteuerung hoher Einkommen und Vermögen verbessert, die Rechte der Beschäftigten gestärkt, mehr in die Bildung und Gesundheit der Ärmsten investiert und die staatliche Umverteilung effektiver gestaltet werden.



Michael Dauderstaedt

war bis 2013 Leiter der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der FES. Geschäftsführer des Verlages J.H.W. Dietz Nachf.

michael.dauderstaedt@fes.de

Jonathan Menge/Sarah Vespermann

Geschlechterkampf – eine Verteilungsfrage?

Kaum ein Thema polarisiert derzeit so stark wie der Feminismus und, eng damit verbunden, die Fragen der Gleichstellungspolitik – in den Feuilletons, aber auch (und vor allem) online. Wie hitzig die Debatten zum Teil geführt werden, zeigt unter anderen ein Beitrag von Ronja von Rönne in einer Reihe der Tageszeitung Die Welt zum Thema Feminismus, in dem sie darlegt, warum sie »der Feminismus anekelt«. Für diesen undifferenzierten, dafür aber umso streitbareren Debattenbeitrag erntete sie einen handfesten Shitstorm in den Sozialen Medien – aber auch viel Zuspruch. Letzteres unter anderen von rechtsextremen Gruppen wie dem Ring Nationaler Frauen, der Frauenorganisation der NPD. Von Rönne scheint ihre Meinung aus dem Artikel zwar mittlerweile überdacht zu haben – so lehnte sie den ihr zugeordneten Axel-Springer-Preis für junge Journalist_innen mit dem Verweis ab, dass ihr Plan nie gewesen wäre, »die Galionsfigur des Antifeminismus zu werden«. Nichtsdestotrotz zeigte sich in den Kommentaren und Diskussionen, wie ihr Beitrag eine Ablehnung des Feminismus kanalisierte, der diesen mit »Frauenförderung« und »Männerhass« in Verbindung bringt.

Nicht nur bei feministischen Themen steht durch die »neuen Medien« heute ein breiteres Feld an Diskussionsmöglichkeiten zur Verfügung. Aber insbesondere die Auseinandersetzungen über feministische Fragestellungen werden in den Sozialen Medien – vor allem bei Facebook und Twitter – mit erschütternder Härte geführt. Vergewaltigungs- und Todesdrohungen gegen Frauen, die sich für feministische Positionen einsetzen, sind dabei alltäglich. Geschlechterfragen und feministische Anliegen polarisieren zweifellos. Aber dass manch ein Kommentator, wie jüngst Jan Fleischhauer, soweit geht, die »Geburtsstunde der neuen sozialen Bewegung von rechts« auf die Diskussionen um sexistische Aussagen von Rainer Brüderle und ver-

meintliche »Political Correctness« zurückzuführen, scheint dann doch sehr weit zu gehen.

Alte Verteilungskämpfe, neue Akteur_innen

Unter der feministischen Gegner_innenschaft in Deutschland lassen sich insbesondere drei Gruppen ausmachen: Die populäre Speerspitze besteht aus Autor_innen, die mit antifeministischer Lektüre und »Anti-Genderthesen« durchs Land reisen, wie die Publizistin Birgit Kelle (deren Buch *Dann mach doch die Bluse zu* als Reaktion auf die #aufschrei-Debatte, die sich gegen Sexismus in der deutschen Gesellschaft wandte, entstand) oder die christlich-konservative Autorin Gabriele Kuby (u.a. *GENDER – Eine neue Ideologie zerstört die Familie*). An vorderster Front des Geschlechterkampfes findet sich zudem ein gut organisiertes Netzwerk von Antifeminist_innen. Diese wenden sich vor allem gegen »Frauenförderung«, frei nach dem Motto: Die Gleichstellung ist längst erreicht, Männer sind die eigentlich Benachteiligten. Frauen sind nicht das diskriminierte, sondern das subventionierte Geschlecht. Man(n) pflegt unter anderem eine deutschsprachige Webseite, ein Wiki, das dem Zweck dient, Gegner_innen des Antifeminismus zu diskreditieren. Ein wohlgewähltes Werkzeug, bewertet Google solche Wikis aufgrund ihres Informationsgehalts und ihrer Struktur doch als besonders »wertvoll«. In der Folge werden die Wiki-Einträge bei der Google-Suche prominent mit den Zielpersonen verknüpft. Die Gegner_innen des Feminismus sind durchaus versiert im digitalen Kampf um Deutungshoheit. Das gilt auch für eine weitere Gegnerin der progressiven Gleichstellungspolitik: die AfD. Die Facebook-Seite der Partei bringt es auf knapp 270.000 »Gefällt mir«-Angaben (zum Vergleich: SPD und CDU zusammen bringen es auf etwa 210.000) und die Führungsfiguren schaffen es mit provokativen Posts regelmäßig in die überregionalen Medien.

Rechtspopulistische Parteien sind auf dem Vormarsch in Europa und setzen dabei auf eine rückwärtsgewandte Familien- und Geschlechterpolitik. So agitiert die AfD in Deutschland gegen den »Gender-Wahnsinn«, »Gender-Gaga« oder die sogenannte »Gender-Ideologie« – und hat darin längst ein weiteres Kernthema in ihrer erweiterten Palette von Wutbürger_innenthemen identifiziert. Die Ablehnung der damit verbundenen »Gleichmacherei« wird gepaart mit einem traditionellen Familienbild. »Die AfD möchte eine gesellschaftliche Wertediskussion zur Stärkung der Elternrolle und gegen die vom Gender Mainstreaming propagierte Stigmatisierung traditioneller Geschlechterrollen anstoßen«, heißt es im Parteiprogramm.

Dazu gehört auch, wie im Kontext des vor dem Parteitag Ende April bekannt gewordenen Entwurf des Parteiprogramms diskutiert, die Ablehnung »der staatlichen Finanzierung des selbstgewählten Lebensmodells Alleinerziehend«. Deutsche Frauen sollten nach Vorstellung der AfD in der Ehe leben und dort dazu beitragen, »demografischen Fehlentwicklungen« entgegenzuwirken. Zwar findet sich die obige Formulierung so nicht mehr im nunmehr verabschiedeten Parteiprogramm, doch heißt es dort: »Wir wenden uns entschieden gegen Versuche von Organisationen, Medien und Politik, Einelternfamilien als normalen, fortschrittlichen oder gar erstrebenswerten Lebensentwurf zu propagieren. Der Staat sollte stattdessen das Zusammenleben

von Vater, Mutter und Kindern (...) stärken.« Anerkennung der Vielfalt der Lebensweisen: Fehlzanzeige. Weibliche Selbstbestimmung ade.

Zwischen den genannten Akteur_innen gibt es – trotz unterschiedlicher Hintergründe – auch durchaus Schnittmengen: Birgit Kelle organisierte beispielsweise mit der Zivilen Koalition, deren zentrale Figur Beatrix von Storch ist (Europaabgeordnete der AfD), die »Demo für alle«, die sich gegen die Bildungspläne der grün-roten Landesregierung in Baden-Württemberg richtete. Die Ablehnung progressiver Gleichstellungspolitik eint. Und diese Ablehnung scheint – dank geschickter Polemik – auch immer weiter in der Mitte der Gesellschaft anschlussfähig zu werden.

Die Wirkungsstärke der Thematik hängt zweifellos mit vergangenen und aktuellen Verteilungskämpfen zusammen: in der Familie (Wer übernimmt Aufgaben in der Sorge- und Erwerbsarbeit?), in der Gesellschaft (Müssen wir geschlechtergerechte Sprache nutzen?) und im Arbeitsleben (Brauchen wir diese Frauenquote?). In den vergangenen Jahrzehnten wurden dabei patriarchale Strukturen aufgebrochen, neue gesellschaftliche Möglichkeitsräume durch Frauenbewegungen erkämpft. Gesellschaftliche Privilegien für Männer wurden abgebaut.

Die Zeit, in der wir heute leben, ist stark vom Prinzip der Individualisierung geprägt. Mit dieser Individualisierung gehen für viele Menschen allerdings auch Verunsicherungen einher – nicht nur für Männer, auch für Frauen. Es entsteht eine Kluft zwischen Wunsch und Lebensrealität, die mit existenziellen Fragen einhergeht: Was will ich? Was kann ich tatsächlich umsetzen? Auf welche Hindernisse stoße ich? Wie kann ich diese überwinden? Dieser Zustand muss zwangsläufig zu einer verstärkten Verunsicherung führen. Eine Frage, die sich aufdrängt: Führt ein gewisses Maß an Verunsicherung dazu, dass Menschen sich nach Sicherheit und bekannten Mustern sehnen?

Geschlechterrollen und die Ausgestaltung von Beziehungen sind einem andauernden Aushandlungsprozess unterworfen. Die Formen des Zusammenlebens der Menschen unterliegen heute mehr denn je einem dynamischen Wandel und sind vielfältiger geworden, wir können in diesem Kontext von einer Flexibilisierung sprechen. Diese geht einher mit neuen Optionen, aber auch mit neuen Unsicherheiten. Da ist es zwar naheliegend, die Nostalgiekarte in einer Zeit der Entgrenzung zu spielen, aber: Die Verteilungskämpfe zwischen den Geschlechtern werden nicht erst seit gestern geführt. Sie sind kein genuin neues Phänomen unserer Zeit – die Intensität der Debatte jedoch schon. Woran liegt das? Hat die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern zugenommen? Sind wir tatsächlich an einen Punkt gelangt, wo wir von einer Benachteiligung von Männern sprechen müssen?

»Mission accomplished«?

Schauen wir uns verschiedene Aspekte von Geschlechter(un)gerechtigkeit an, zeichnet sich folgendes Bild: Die Vereinbarkeit von Beruf und Sorgearbeit – ob bei Kindern oder anderen Familienangehörigen – gestaltet sich häufig schwierig. Einerseits für Frauen, die auch heute immer noch beruflich zurückstecken, um Sorgearbeit zu leisten. Und die gleichzeitig mit sich widersprechenden Rollenbildern konfrontiert sind: Die arbeitende Rabenmutter, die ihr Kind vernachlässigt, trifft dabei auf das un-

emanzipierte »Hausmütterchen«, das sich in die Abhängigkeit des männlichen Ernährers begibt. Es fehlt an klarer Orientierung, wie Vereinbarkeit gut gelingen kann. Andererseits stehen auch Männer vor großen Hürden, wenn sie beispielsweise längere Elternzeit beanspruchen möchten und Arbeitgeber_innen darauf mit Unverständnis reagieren. Die Unternehmenskultur ist vielerorts noch nicht bereit für engagierte Väter.

Die Lohnlücke zwischen den Geschlechtern ist nach wie vor groß – in Deutschland sind es 21 % (und damit weit mehr als im europäischen Durchschnitt). Und auch wenn Antifeminist_innen versuchen, den *Gender Pay Gap* vom Tisch zu wischen, bleibt er ein guter Indikator, um unterschiedliche Diskriminierungen im Arbeitsmarkt gebündelt sichtbar zu machen. Ein Drittel aller erwerbstätigen Frauen können aus ihrem eigenen Einkommen nicht einmal ihren unmittelbaren Bedarf decken und sind somit wirtschaftlich abhängig. Durch das Ausüben atypischer Arbeitsverhältnisse – Teilzeit, Auszeiten aufgrund von Sorgearbeit, um nur zwei Beispiele zu nennen – leidet sich auch ein großes Problem bei der Alterssicherung ab. Altersarmut ist ein Thema, das deutlich mehr Frauen als Männer betrifft, nahezu jede vierte Frau ist von Altersarmut bedroht. Gleichzeitig ist die Arbeitswelt in vielerlei Hinsicht in weibliche und männliche Domänen unterteilt, wobei die männlichen besser bezahlt werden, was sich wiederum auch auf partnerschaftliche Aushandlungsprozesse auswirkt, denn diese werden zumeist aufgrund wirtschaftlicher Rationalitäten im Haushalt entschieden. Und gerade in Führungspositionen sind Frauen nach wie vor eklatant unterrepräsentiert. Wir sehen also: Geschlechterstereotype und tradierte Rollenvorstellungen tragen zu einer ungleichen Chancenverteilung zwischen Frauen und Männern bei. Wir leben in einer Zeit, in der die Gleichstellung zwar vorangeschritten ist – eine vollkommene Gleichstellung ist jedoch noch lange nicht erreicht.

Einige sozialdemokratische Projekte haben in den letzten Jahren und Monaten dazu beigetragen, dem Ziel von Geschlechtergerechtigkeit näher zu kommen. Denken wir an die Einführung des Mindestlohns, von dem vor allem auch Frauen profitieren. Familienpolitisch wurde zudem unter anderem mit dem ElterngeldPlus ein Schritt in Richtung partnerschaftliche Aufteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit gemacht. Aktuell ist ein Lohngerechtigkeitsgesetz in Planung, das für mehr Transparenz und weniger Diskriminierung sorgen soll. Warum sind allerdings vor diesem Hintergrund rechtskonservative Stimmen auf dem Vormarsch, die ein Familienbild aus den 50er Jahren propagieren?

Was braucht es?

Fühlen sich Männer benachteiligt und abgehängt, so kann dies zum einen im Zusammenhang mit nicht gewollten Veränderungen und der Suche nach einem »Feindbild« gesehen werden, das es zu unterdrücken gilt: z.B. Europa, die Geflüchteten – oder eben die »Umerziehungspropaganda im Sinne des Gender-Gaga«. Ein anderer Zusammenhang besteht darin, dass die nach wie vor existierenden strukturellen Ungerechtigkeiten zwischen den Geschlechtern nicht unabhängig von der eigenen persönlichen Lebenssituation gesehen werden. Die von rechtspopulistischen Akteur_innen propagierte (rückwärts-gewandte) Familien- und Geschlechterpolitik wird so zu einem Leit-

bild, das progressiven Veränderungen entgegensteht und vermeintlichen »Schutz« bietet.

Die in diesem Beitrag skizzierten Baustellen, die Geschlechtergerechtigkeit aktuell verhindern, gehen mit starken Verunsicherungstendenzen einher. So führt die Schwierigkeit der Vereinbarkeit von Beruf und Familie in der Regel nicht dazu, dass sich die Arbeitswelt weiterentwickelt, sondern dazu, dass diese »private Organisationsfrage« in Beziehungen ausgehandelt wird und häufig zu typischen Rollenmustern führt. Hinzu kommen ökonomische Krisen, die eine Ungleichheit in der Gesellschaft noch verstärken und im schlimmsten Fall rechtspopulistische Politik befördern.

Zentrales Ziel einer modernen Gesellschaft ist und bleibt Geschlechtergerechtigkeit. Dass sich diese nicht von selbst entwickelt, ist offensichtlich. Es bedarf eines starken Willens in der demokratischen Gesellschaft, einer progressiven Politik und der Zusammenarbeit von zentralen Akteur_innen. Die Debatte um »Partnerschaftlichkeit« und die Konzentration auf (Arbeits-)Zeitpolitik sind hierfür gute Instrumente, die an neuralgischen Punkten ansetzen und die es weiterzuerfolgen gilt. Stichworte sind hier die immer wieder angeklungenen Konzepte von Familien- und Wahlarbeitszeit. Um Verteilungskämpfe zwischen den Geschlechtern und deren Instrumentalisierung durch rechtspopulistische Politik entgegenzutreten, bedarf es einer Ermöglichung von individuellen Lebensentwürfen, die tatsächlich gelebt werden können. Mehr Wahl- und Entscheidungsmöglichkeiten hinsichtlich des Zusammenlebens in Familien oder Paarbeziehungen, im Alltag und im Berufsleben. Unsicherheiten dürfen sich nicht in der Retraditionalisierung von Rollenbildern widerspiegeln, die von antidemokratischen politischen Kräften geschürt werden.



Jonathan Menge

ist Referent im Forum Politik und Gesellschaft der FES für den Bereich Familienpolitik.

jonathan.menge@fes.de



Sarah Vespermann

ist Referentin im Forum Politik und Gesellschaft der FES für den Bereich Frauen - Männer - Gender.

sarah.vespermann@fes.de

Brigitte Unger

Bei Kopf gewinne ich, bei Zahl verlierst du

Wie die Finanzmärkte die Ungleichheit befördern

Seit der Liberalisierung der Kapitalmärkte in den 80er Jahren haben Finanzmärkte sich enorm entwickelt. Besonders der Markt für Derivate boomte. Egal wie komplex ein Derivat gestaltet ist, es handelt sich hierbei um Wetten auf zukünftige finanzielle Ereignisse, z.B. darauf, dass der Zinssatz steigen oder sinken wird, dass eine Währung auf- oder abgewertet wird, dass die Nahrungsmittelpreise steigen oder sinken werden.